

Bündniskonsens der Aktion Friedlicher Hessentag 2025

Für einen friedlichen Hessentag ohne Militär!

Mit ihrem Auftritt beim Hessentag zielt die Armee besonders auf Kinder und Jugendliche ab. Indem die Bundeswehr ihr Kriegsgerät als Abenteuerspielplatz arrangiert und selbst Kleinkinder auf Panzer klettern lässt, missbraucht sie kindliche Neugier und Technikbegeisterung. Das widerspricht dem pädagogischen Grundsatz, dass Kinder und Jugendliche auch auf Volksfesten davor geschützt werden sollen, mit Gewalt konfrontiert zu werden.



In der realen Bundeswehr geht es nicht um "Sport", "Technik", "Kameradschaft" und "Abenteuer", sondern um das, was die ausgestellten Waffen anrichten können. Es wird nicht thematisiert, dass Soldat:innen ausgebildet werden, andere Menschen zu töten und dass sie selbst immer wieder traumatisiert, verwundet oder getötet werden. Es wird nicht darüber gesprochen, dass Kriege auch die Lebensgrundlagen für den Alltag der Überlebenden zerstören, Böden und Wasser auf Jahrzehnte verseuchen und die natürlichen Lebensgemeinschaften und die Biodiversität angreifen.

Besonders verwerflich ist die Ausbildung Minderjähriger an Waffen und die gezielte Werbung dafür bei Jugendlichen. Obwohl der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes Deutschland bereits mehrfach aufgefordert hat, das Rekrutierungsalter auf 18 Jahre anzuheben und die gezielte Werbung bei Jugendlichen einzustellen, werden immer noch – mit Einverständnis der Eltern – bereits 17-jährige in die Armee aufgenommen und Jahr für Jahr ganze Schulklassen von der Bundeswehr zum Hessentag gefahren.

Panzer, Maschinengewehre, Kampfhubschrauber, Militärkonzerte und Veteranenehrung – Mit vielen Veranstaltungen und einer Fülle von Kriegsgerät nutzt die Bundeswehr jedes Jahr den Hessentag für eine großangelegte Werbeschau. Im Rahmen eines fröhlichen Volksfests sollen Soldat:innen in Uniform ein Bild von der Armee als „normalem Arbeitgeber“ prägen. Hier soll für das Kämpfen mit Waffen und für gewaltsame statt für zivile Konfliktlösungen begeistert werden.

In Europa rüstet nicht nur die Nato, sondern auch die Europäische Union massiv auf. Mit größter Unterstützung aus Deutschland. Anfang 2025 hob der Bundes-

tag die Schuldenbremse im Grundgesetz teilweise auf. Die Ausgaben für Verteidigungsministerium und Bundeswehr sind nun nach oben offen: 2026 steigen sie auf schwindelerregende 82,7 Milliarden Euro. 2029 werden es mehr als 152 Milliarden sein [1]. Die Folgen dieser Zeitenwende: Noch mehr Schulden, immer weniger Sozialstaat. Was die Rüstung verschlingt und den Profiteuren bei Rheinmetall und Co. in den Rachen geworfen wird, fehlt Schulen, Krankenhäusern und dem Frieden.

Begleitet wird diese haushaltspolitisch vollständig entsicherte Hochrüstung durch eine beispiellose Kampagne, um die Gesellschaft kriegstüchtig zu machen. Jugendoffiziere bekommen freien Zugang zu Schulen. Die Zivilklausel an den Universitäten soll abgeschafft werden. Und auch das Gesundheitswesen wird auf Kriegstüchtigkeit umgestellt. Unter dem US-Militärkommando in Wiesbaden sollen 2026 erneut Mittelstreckenraketen in Deutschland stationiert werden – Erstschlagswaffen mit einer Reichweite von 2.500 km, die Moskau und Sankt Petersburg erreichen können und die atomar bestückbar sind.

Die Bundesregierung wendet jedes Jahr einen zweistelligen Millionenbetrag allein für ihre Werbekampagnen zur Steigerung der Akzeptanz kriegerischer Handlungen auf. Das richtet sich an alle Altersgruppen. Die schrittweise Wiedereinführung der Wehrpflicht ist ein schwerwiegender Angriff auf die Rechte der Jugend und das zentrale Instrument der Kriegsvorbereitung. Die neue Wehrpflicht dient nicht nur dazu, mehr Soldat:innen zu bekommen. Sie trägt auch zur politischen und psychologischen Kriegstüchtigkeit bei.

Jugendliche sagen deutlich: „Wir sind keine Faulenzer und Drückeberger. Aber wer uns zum Dienst an einer Waffe zwingen will, möchte keinen Frieden, sondern Krieg!“

Wir im Bündnis „Friedlicher Hessentag“ wenden uns deshalb gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht sowie gegen alle anderen Zwangsdienste. Wir protestieren gegen die Militärwerbung auf Volksfesten und bei Minderjährigen, die eine falsche Notwendigkeit von Kriegstüchtigkeit vorspiegeln.

Als Bürger:innen der jeweiligen Hessentagsstadt und als hessische Zivilgesellschaft stehen wir für Gewaltfreiheit und eine zivile Konfliktlösungskultur. Mit Artikel 69 der Landesverfassung verpflichtet sich Hessen zu Frieden, Freiheit, Völkerverständigung und zur Ächtung des Krieges.

In diesem Sinn werden wir den Hessentag mit Aktionen begleiten.

[1] Angaben nach Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.